Jens Berger diskutiert hier über die Aussage von Bundeskanzler Merz vor den CDU-Kreisvorsitzenden, er sei „festgelegt in der Frage, dass es eine Frau werden muss“. Gemeint ist: Deutschland soll eine Bundespräsidentin bekommen. Die Hauptstadtpresse überschlage sich vor Begeisterung. Niemand müsse jedoch ein Prophet sein, um vorherzusagen, dass die neue Bundespräsidentin genau dort weitermachen werde, wo ihr Vorgänger aufgehört habe. Sie werde in ihrer ersten großen Rede von „Zeitenwende“ und „Verteidigungsfähigkeit“ sprechen und erklären, dass die Freiheit ihren Preis habe. Eine ketzerische Frage dränge sich auf: „Wozu brauchen wir das eigentlich?“ Ein Amt, das rund 40 Millionen Euro im Jahr koste, über keine nennenswerte politische Macht verfüge und diese wenige Macht auch noch konsequent nicht nutze. Wer wirklich wolle, dass sich etwas ändere, sollte „sich darum kümmern, was im Kanzleramt, im Finanzministerium und im Verteidigungsministerium beschlossen wird. Dort wird Regierung gemacht. Dort wird über unsere Zukunft entschieden. Dort entscheidet sich, ob das Brot nächstes Jahr wieder teurer wird und ob die Kassiererin beim Bäcker irgendwann von ihrer Rente leben kann.“

Abgedruckte Leserbriefe geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen aus redaktionellen Gründen bleiben vorbehalten.

Wir haben dazu interessante Zuschriften bekommen. Dafür bedanken wir uns. Die nun folgende Leserbriefe-Auswahl hat **Christian Reimann** für Sie zusammengestellt.

---

1. Leserbrief

Hallo Jens,

großartiger Artikel. Wer braucht diese Grüß-August(in)e eigentlich? Ich nicht.

Laut KI kosten mich und meine Brüder und Schwestern Steuerzahler diese Nichtsnutze nur Geld:

> “Der amtierende Bundespräsident erhält Amtsbezüge von rund 290.000 Euro im Jahr (plus etwa 78.000 Euro steuerfreies Aufwandsgeld), während ehemaligen Bundespräsidenten ein lebenslanger Ehrensold in Höhe des vollen Amtsgehalts zusteht. Rechnet man für den amtierenden Bundespräsidenten sowie die zwei lebenden Altbundespräsidenten (Horst Köhler, Christian Wulff und Joachim

> Gauck) nur die reinen Versorgungs- und Gehaltsbezüge zusammen, belaufen sich diese auf ca. 1,16 Millionen Euro jährlich; inklusive der gesetzlich vorgesehenen Nachamtsausstattung mit Personal, Büro und Fuhrpark für die Ruheständler zahlt der Steuerzahler insgesamt etwa 2,5 bis 3 Millionen Euro pro Jahr.”

Also mit den 3 Millionen wären irgendwelchen Waisenkindern deutlich besser geholfen. Ich weiß jetzt nicht, wo die 40 Millionen herkommen, vermutlich mit Personal und Schloss und allem.

Ich sage weg mit diesem Relikt aus Königszeiten! Die USA kommen auch nir mit einem Präsident klar.

Unsere BundesreGIERung reicht als Vertretung, so erbärmlich sie auch sein mag. Bzw. schlimm genug. Eigentlich ist im Artikel alles gesagt.

Beste Grüße
H. Dietrich

---

2. Leserbrief

Hallo Herr Berger,

Der König (Merz) sucht eine Königin der Mitte. Gibt es überhaupt noch eine Mitte ?

Die Bevölkerung sucht etwas anderes, die sucht jemand, der seinen Amtseid nachkommt, kurz definiert jemand dem friedenstüchtig besser über die Lippen kommt als kriegstüchtig. Jemand, der nicht die stärkste Armee in Europa nachstrebt, sondern ein Land realisieren will mit der niedrigsten Armut in Europa.

Mit freundlichem Gruß
Patrick Janssens

---

3. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

in Bulgarien wurde gerade eine Präsidentin vom Volk gewählt, Frau Jotowa (das Amt hat dort, wie in Deutschland, nur repräsentative Funktion). In dem kleinen Balkanland ist die Demokratie fortgeschrittener als in Deutschland. Allerdings hält sich auch dort das Vertrauen in eine “Demokratie” à la EU in Grenzen, Wahlbeteiligung 29%.

Wenn es in Deutschland eine Frau sein soll, dann kommt eigentlich nur Annalena Baerbock in Frage. Die reprä(sid)entiert den geistigen Zustand der Republik geradezu vollkommen.

Die aktuell genannten Namen? Uninteressant. Ausnahme: Klöckner! Marcus – ach nee, das ist eine ganz andere Baustelle.

Danke für die ausführliche Entlarvung dieses Amtes als Pseudomonarchie für die Lametta-Anhänger im Lande. Das ist es. Leider unnütz vergeudetes Geld und die Menschen trinken immer noch den Kakao, durch den man sie zieht.

Viele Grüße,
Rolf Henze

---

4. Leserbrief

Hallo zusammen!

Für die Suche nach der ‘Königin der Mitte’ und zum ‘Postengeschacher’ hätte ich da auch noch eine mehr oder minder passende Kandidatin, von der hier zu lesen (und zu sehen ist).….:

tichyseinblick.de/meinungen/dokumentation-zum-kalten-parteiverbot-der-afd-weit-unterhalb-des-grundgesetzes-teil-2/

Dann noch: Der 30. Januar 2027 ist doch ein gelungen ausgesuchter Termin: Bundestagspräsidentin Julia Klöckner hat am Donnerstag, 26. Februar 2026, als Termin für die 18. Bundesversammlung Samstag, den 30. Januar 2027, festgelegt und den Ältestenrat darüber informiert. Die Bundesversammlung tritt an diesem Tag im Deutschen Bundestag zusammen und wählt die zukünftige Bundespräsidentin oder den zukünftigen Bundespräsidenten.

… da war doch ‘was: 30. Januar 1933: Reichspräsident Paul von Hindenburg ernannte am 30. Januar 1933 den Vorsitzenden der NSDAP Adolf Hitler zum Reichskanzler.

Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang:

Der Desinformations-Skandal um das Datum des AfD-Parteitags – Eine Chronologie (09.07.2026, 2:56)

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Es grüßt
Heinz H. Bleidick

---

5. Leserbrief

Lieber Jens Berger,

ich fange mal mit einem Berger Zitat an :

> “… Man muss kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, dass die neue Bundespräsidentin genau dort weitermachen wird, wo ihr Vorgänger aufgehört hat. Sie wird in ihrer ersten großen Rede von „Zeitenwende“ und „Verteidigungsfähigkeit“ sprechen und uns erklären, dass die Freiheit ihren Preis habe. Wer diesen Preis bezahlt, wird sie nicht sagen. Sie wird die Wehrpflichtdebatte mit präsidialer Milde begleiten und von „Verantwortung“ sprechen, wenn sie Aufrüstung meint …”

Da kommt natürlich nur die EINE in Frage: unser Kobolt !

Wir hätten viele Tollheiten zu erwarten. Transatlantisch grünes kriegerisch-feministisches Gewissen für Alle.

Was an Reden aus Schloss Bellevue in den letzten 20 Jahren kam war doch etwas dröge.

Die teure Sanierung der Bruchbude (Roman Herzog) wäre dann auch überflüssig, denn unsere Annalena würde garantiert in einem Zelt residieren wollen. Im Dresdner Schloss, in der Türckischen Cammer, steht so ein Exemplar. Die erste mobile Bundespräsidentin ! Im Zelt wohnen bei und mit Obdachlosen, vor einer Tafel.… Das wäre endlich Volksnähe.
Ich habe ein Schmankel für Sie. Meine Frau brachte Brötchen in dieser Tüte vom Bäcker mit. Bild unten.

Da kam mir sofort der Spruch von Max Liebermann in den Sinn.

Lokuspapier der neuen Wehrmacht kommt hoffentlich auch bald in den Handel.

Mit herzlichen Grüßen
Rudolf Jahn aus


MACH'S FÜR DICH.
UND DEN
ALLTAG, DEN
DU LIEBST.
Wehrdienst machen, Frieden sichern.
BUNDESWEHR

6. Leserbrief

Sehr geehrtes NDS-Team, hier mein Beitrag zum Artikel “Deutschland sucht die Königin der Mitte” von Jens Berger.

“Er sollte sich darum kümmern, was im Kanzleramt, im Finanzministerium und im Verteidigungsministerium beschlossen wird. Dort wird Regierung gemacht. Dort wird über unsere Zukunft entschieden. Dort entscheidet sich, ob das Brot nächstes Jahr wieder teurer wird und ob die Kassiererin beim Bäcker irgendwann von ihrer Rente leben kann.”

Lieber Jens Berger, ist es nicht ein wenig naiv darauf verweisen, dass im Kanzleramt, im Finanzministerium oder im Verteidigungsministerium tatsächlich die maßgeblichen Entscheidungen über unsere Zukunft getroffen werden würden, wo Sie doch selbst immer wieder auf den Einfluss jener Kreise hinweisen, die weit jenseits der demokratisch legitimierten Regierungsinstitutionen die politischen Weichen stellen?

Herbstliche Grüße,
Peter Palec

7. Leserbrief

Hallo Herr Berger,

sehr gut beobachtet und dargelegt. Da haben wir dann also bald statt eines – wie der Volksmund sagt – Grüßaugusts eine Grüßaugustine. Allerdings hat man eine Problem damit, dass besagte Augustine unbedingt eine Parteifunktionärin sein muß und noch dazu von der CDSU. Denn gemäß Grundgesetz Art 54 (1) heißt es: „Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.“ Gleich im ersten Satz haben wir wieder einen Beleg über die Imperfektionen dieser miserablen Verfassung. Warum wird der Präsident#:*innenoderaußen nicht wie woanders vom Volk gewählt, sondern – ebenso wie leider die Verfassungsrichter auch – von Bundestag und Bundesrat, also von Legislative und Exekutive, bestehend aus Funktionären der sog. etablierten Parteien, die wie die aktuellen Fakten zeigen, alle möglichen Interessen vertreten, die von Otto Normalverbraucher, also des Gemeinwohls, eher nicht bzw. gar

nicht. Eine gebotene absolute Neutralität und Unparteilichkeit wird hier jedenfalls weniger vermutet. Dann heißt es in (1) noch: Wählbar ist jeder Deutsche … . Da fallen einem ganz spontan besser geeignete und kompetentere ein als die hier zur Position stehenden Funktionärinnen, welche vermutlich vom Volk auch nicht gewählt werden würden. Allerdings würden die, die einem da einfallen, den Inhabern von Unseredemokratie nicht gefallen. Artikel (7) benennt dann den Satz, welcher im GG unzählige mal vorkommt: „Das Nähere regelt ein Bundesgesetz“. Nach den einschlägigen Erfahrungen eines schon sehr alten Mannes biegen sich dann die besagten Etablierten die Verfassung so zurecht, wie sie bzw. die Klientel es brauchen. Gerade eben wollen doch die Schwarzen, die den nächsten Präsidenten haben wollen, GG Art. 15 durch „Bundesgesetzgebung“ außer Kraft setzen! Zum besseren Verständnis sei daran erinnert, was Horst Seehofer in einer Sternstunde mal von sich gegeben hatte: „Die etwas zu sagen haben sind nicht gewählt. Und die gewählt sind, haben nichts zu sagen.“ Kürzer und prägnanter kann man das wirklich nicht benennen, was so ist wie es nun mal leider eben ist. Durch die extrem abartige und perverse Vermögensverteilung im Lande wird dies ja auch nachhaltig unter Beweis gestellt, was im Grunde unmöglich wäre, wenn die „Volksvertreter“ das Volk vertreten würden!

Bester Gruß
H. Wohler

---

8. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger, Ihnen fallen da “spontan Namen wie Juli Zeh oder Navid Kermani ein …” und Sie schreiben weiter: “Aber wer soll die nominieren? … Was die Menschen wollen, interessiert ohnehin niemanden. Wer sich nicht vorher als verlässlich koalitionskompatibel erwiesen hat, kommt gar nicht erst auf die Liste.”

Zweifelsohne gäbe es noch mehr Kandidaten wie Frau Zeh oder Herrn Kermani für dieses gut bezahlte Amt, das von allen Steuerzahlern finanziert wird und zu diesen Steuerzahlern gehören auch die Obdachlosen, wenn sie sich beim Discounter eine Dose Ravioli, eine Flasche Rotwein (Achtung: Vorurteil!) und zwei Dosen Hundefutter für ihren Hund kaufen.

Es ist zutreffend, dass der Bundespräsident aufgrund der schlechten Erfahrungen in der Demokratie der Weimarer Republik rechtlich über keine nennenswerte Macht verfügt (Stichwort “Machtergreifung” = Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten im Januar 1933). Aber der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin hat die Macht der Worte und diese Worte darf und sollte man nicht unterschätzen.

Mit Worten werden Stimmungen erzeugt, Meinungen gelenkt, Wirklichkeiten formuliert und Politik gemacht. Worte beeinflussen, wie Menschen denken, fühlen, handeln und wählen. Man kann mit Worten etwas dramatisieren, aber auch verharmlosen und schönreden. Man kann auch schweigen und zu einem Problem nichts sagen.

Der ehemalige Verfassungsrichter und verstorbene Bundespräsident Roman Herzog wurde 1997 bekannt für die folgenden Worte im Berliner Luxus-Hotel Adlon: “Durch Deutschland muss ein Ruck gehen. Wir müssen Abschied nehmen von liebgewordenen Besitzständen. Alle sind angesprochen, alle müssen Opfer bringen, alle müssen mitmachen.” Das ist rund drei Jahrzehnte her.

Wer bitte ist dagegen, dass alle “mitmachen” und den Gürtel enger schnallen, wenn es mit der Wirtschaft nicht mehr so rund läuft? Die Aufforderung wird dann zur Lüge, wenn eben nicht alle den Gürtel enger schnallen und auf “liebgewordene Besitzstände” verzichten müssen, sondern vor allem diejenigen, die wenig oder fast nichts besitzen. Die meisten Politiker, die “Wirtschaftsjournalisten” von FAZ, Welt, SZ usw. und viele “Ökonomen” predigen immer noch die “Trickle-Down-Theorie” und einige Bürger glauben vermutlich auch noch daran: Wenn die Reichen steuerlich entlastet werden und noch reicher werden, dann sickert auch etwas von dem Reichtum nach unten durch zu den Armen.

1997 gab es in Deutschland rund 100 Tafeln, heute sind es fast 1.000. Man kann als Bundespräsident diese “Tafeln” besuchen und den ehrenamtlichen Helfern mit kostenlosen und schönen Worten danken, denn darum geht es: schönreden. Schönreden bedeutet, soziale und gesellschaftliche Probleme bewusst positiver, harmloser oder besser darzustellen, als sie tatsächlich sind und das im Interesse der besserverdienenden Klasse bzw. der herrschenden “Elite”.

Die andere Seite der “Besitzstände”, wie dies der oben genannte Bundespräsident formulierte, sieht nämlich so aus: 1997 gab es in Deutschland rund 20 Multimilliardäre, heute sind es mehr als 200. Das Vermögen des reichsten Deutschen wurde 1997 vom forbes-magazin auf rund 12 Milliarden US-Dollar geschätzt, heute (2026) sind es rund 60 Milliarden US-Dollar.

Aber über diese obszöne Schere zwischen Arm und Reich wird der/die/das neue Bundespräsident, welches Geschlecht, Hautfarbe und Schuhgröße er, sie oder es auch immer haben wird, sicherlich nicht reden, um diese Vermögenskonzentration dann auch noch zu kritisieren.

Mit herzlichen Grüßen

Detlef Schmiedel

PS: Gegen die Idee, dass noch einwandfreie Lebensmittel, die im Handel nicht mehr verkauft werden können, nicht im Müllcontainer landen und vernichtet, sondern an bedürftige Menschen verteilt werden, ist prinzipiell nichts einzuwenden. Wenn es inzwischen nicht genug Lebensmittel gibt, die verteilt werden können, weil es zu viele Bedürftige gibt, dann werden Regierung und Gesetzgeber zu Dieben, weil sich der Staat aus seiner sozialen Verantwortung stiehlt. Aber auch darüber wird die zukünftige “Königin der Mitte” und “Bundespräsidentin der Worte” sicherlich nicht reden.

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- leserbriefe(at)nachdenkseiten.de für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- hinweise(at)nachdenkseiten.de wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- videohinweise(at)nachdenkseiten.de für die Verlinkung von interessanten Videos.
- redaktion(at)nachdenkseiten.de für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „Gebrauchsanleitung“.